

Knöllchenfrei, aktive Mittagspausen, Warnstreiks

Kreative Aktionen bundesweit



Die Mitglieder der dbb Fachgewerkschaften halten den Druck auf die Arbeitgeber der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) konstant aufrecht. Mit kreativen Aktionen, Warnstreiks, Kundgebungen und Demonstrationen tragen sie ihren Unmut über die Verweigerungshaltung der TdL auf die Straße. Die Arbeitgeberseite kann wohl nur auf diese Weise bis zur dritten Verhandlungsrunde ab dem 7. Dezember 2023 zum Nachdenken bewegt werden.

DPoIG: Hamburg „knöllchenfrei“

Beschäftigte der Ordnungsbehörden und der Polizei, die von der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) vertreten werden, haben sich am 10. November 2023 in Hamburg an Warnstreiks beteiligt und den Tag für „knöllchenfrei“ erklärt. Aufschreiben von Falschparkern, Auswertung von Radarbildern, Aufstellen von mobilen „Geschwindigkeitsüberwachungsfahrzeugen“ sowie gebührenpflichtige Genehmigungen von Schwerlast- und Großraumtransporten wurden eingeschränkt. Alleine durch den Warnstreik beim Transport- und Genehmigungs-Management gehen nicht nur dem Staat wichtige Einnahmen verloren, auch private Logistikunternehmen müssen sich auf Einschränkungen einstellen. Mit einer Kundgebung auf dem Gänsemarkt machten sie zusammen mit Mitgliedern anderer dbb Gewerkschaften, die dort eine Mahnwache durchführten, ihrem Unmut Luft. Thomas Treff, Vorsitzender des dbb hamburg, sagte auf der Kundgebung: „Alleine hier in Hamburg sind über 4.200 Stellen in der Verwaltung unbesetzt. Wenn jetzt nichts getan wird, sind elementare Bereiche der Daseinsfürsorge wie Gesundheit, Bildung und Sicherheit akut bedroht.“

dbb:
wir.
für euch.

10,5%
500 Euro
mindestens



10. November, Hamburg



10. November, Hamburg



10. November, Hamburg

dbb aktuell



Herausgeber:
dbb beamtenbund
und tarifunion
Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Verantwortlich:
Volker Geyer
Fachvorstand Tarifpolitik

Fotos:
Friedhelm Windmüller,
Holger Bulk, Dirk
Baumbach, DSTG WL,
Anna Höflich, DVG
Sachsen, Yvonne Keppler,
dbb



10. November, Hamburg



10. November, Hamburg



10. November, Hamburg

BSBD und DJG: Berlin

Mitglieder des BSBD Gewerkschaft Strafvollzug und der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG) haben den Protest in Hör- und Sichtweite der Politik getragen. Sie forderten am 10. November 2023 vor der Justizministerkonferenz in Berlin das ein, was in diesen Zeiten eine Selbstverständlichkeit sein sollte: faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. „Es geht um Respekt, der auch im Geldbeutel ankommt“, sagte Volker Geyer, dbb Tarifchef, auf der Veranstaltung. „Wir stehen geschlossen zusammen und werden nicht nachlassen, bis ein faires Lohngefüge wieder hergestellt ist.“ René Müller, Bundesvorsitzender des BSBD, stellte fest: „Dass das Personal in den Vollzugsanstalten und Gerichten fehlt, liegt an den herausfordernden Arbeitsbedingungen und der niedrigen Bezahlung. Die Arbeitsbedingungen werden seit Jahren nur schlechter, der Druck aufgrund des Personalmangels steigt, die Gewalt gegenüber den Beschäftigten in den Justizdiensten nimmt zu und die Inflation frisst die letzten Tarifierhöhungen auf.“

NBB: Osnabrück

Beschäftigte aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen haben sich am 11. November 2023 in Osnabrück zu einer Protestkundgebung versammelt. Ort und Zeit waren bewusst gewählt, denn parallel lief in Osnabrück der Landesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen. Der 1. Landesvorsitzende des NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, Alexander Zimbehl, erklärte auf der Kundgebung: „Alle wollen einen starken Staat und einen funktionierenden öffentlichen Dienst. Aber wenn es ans Bezahlen geht, ducken sich auf einmal alle Verantwortlichen weg! Heute zeigen wir allen einmal deutlich, wer die Arbeit wirklich macht!“ Zimbehl forderte den niedersächsischen Finanzminister Gerald Heere auf, das zu erreichende Tarifiergebnis zeit- und wirkungsgleich auf die Landes- und Kommunalbeamtinnen und -beamten zu übertragen. Der stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb und Vorsitzende der komba gewerkschaft, Andreas Hemsing, machte klar: „Die Ministerpräsidenten und Finanzminister der Bundesländer zerstören durch ihre Blockadehaltung bei den Tarifverhandlungen die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in den Landesverwaltungen. Die Bereiche Sicherheit, Bildung und Landesfi-



11. November, Osnabrück



11. November, Osnabrück



11. November, Osnabrück



11. November, Osnabrück



11. November, Osnabrück



11. November, Osnabrück





7. November, Meißen / Radebeul



7. November, Dortmund



7. November, Dortmund

nanzen als Basis einer funktionierenden Infrastruktur werden personell ausbluten. Wertschätzende Arbeitgeber mit attraktiven Rahmenbedingungen für Beschäftigte sehen anders aus.“

BvLB: Meißen / Radebeul und Nordhorn

Am 7. November 2023 demonstrierten in der Mittagspause tarifbeschäftigte und beamtete Mitglieder des LVBS am BSZ Meißen gegen die Verweigerungshaltung der TdL und für die Forderungen von 10,5 %, mindestens 500 Euro. Die tarifbeschäftigten Lehrkräfte unterstrichen dies mit einer Warnstreikstunde. In Nordhorn haben die Mitglieder der Berufsschulverbände aus Niedersachsen (VLWN und BLVN) am 8. November 2023 ihrem Unmut über den Verhandlungsverlauf in einer aktiven Mittagspause Luft gemacht.

phv BW: Schwäbisch-Gmünd

„Keine Lehrkräfte in Sicht - Wir backen uns unsere Lehrkräfte selber“ – unter diesem Motto sind Mitglieder des Philologenverbands Baden-Württemberg am 11. November 2023 in Schwäbisch-Gmünd zusammengekommen. Zusammen mit der Tarifchefin des phv BW, Ursula Kampf, und dem BBW-Tarifchef, Jörg Feuerbacher, zeigten sie den Arbeitgebenden, was sie von den bisherigen Null-Angeboten halten: nichts!

DSTG: Dortmund

Die DSTG-Mitglieder haben erneut ihren Protest in der Mittagspause nach außen getragen. Dieses Mal gingen bei zwei Dortmunder und umliegenden Finanzämtern mehr als 150 Beschäftigte vor ihre Behörden.

VDStra.: Rohrbach

Im saarländischen Rohrbach gingen die Mitglieder des VDStr.a. zu einem Warnstreik auf die Straße. Begleitet wurden sie von Hermann-Joseph Siebigtheroth, VDStr.a.-Bundesvorsitzender, und Ewald Linn, Landesvorsitzender der dbb saar.

10,5%
500 Euro
mindestens



7. November, Dortmund



8. November, Nordhorn



8. November, Nordhorn



10. November, Berlin



10. November, Berlin



10. November, Berlin





4. November, Schwäbisch-Gmünd



8. November, Rohrbach



9. November, Leipzig

DVG: Leipzig

„Auch in Leipzig sind wir systemrelevant!“ Das zeigten die DVG-Mitglieder am 9. November 2023 vor dem Mendebrunnen, als sie sich dort zu einer aktiven Mittagspause trafen.


Weitere Informationen finden Sie auf unserer Sonderseite unter: www.dbb.de/einkommensrunde.



Der dbb und die DPoIG helfen!

Als Gewerkschaftsmitglied der **Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)** sind Sie sicher, immer nach Tarifvertrag bezahlt zu werden. Die 18 Landes- und Fachverbände der **DPoIG** mit ihren rund 100.000 Mitgliedern bieten ständige Kontakte ohne bürokratische Umwege. Als Gewerkschaftsmitglied unter dem Dach des **dbb** genießen Sie kostenlosen Rechtsschutz für alles, was im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit steht.

Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke der **DPoIG**. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dpolg.de und www.dbb.de, durch Flugblätter **DPoIG aktuell** oder **dbb aktuell** und durch das Magazin **tacheles**. Grundsatzwerke und Kommentierungen erscheinen in der Reihe **Tarifschriften**.



Ich möchte zunächst DPoIG-Informationsmaterial erhalten.

Ich möchte ab _____ DPoIG-Mitglied werden.

Name* _____

Vorname* _____

Geb.-Datum _____

Straße* _____

PLZ/Ort* _____

E-Mail _____

Zutreffendes bitte ankreuzen*

<input type="checkbox"/> Beamter / Beamtin	<input type="checkbox"/> in Ausbildung
<input type="checkbox"/> Arbeitnehmer/in	<input type="checkbox"/> im Ruhestand
<input type="checkbox"/> Allg. Verw.-Dienst	<input type="checkbox"/> tech. Dienst
<input type="checkbox"/> Vollzugsdienst	

Bes./Entgeltgruppe _____

Teilzeit, Stunden _____

Dienstherr / Arbeitgeber _____

Amt / Dienststelle / Betrieb _____

Gewerkschaftsmitglied bei _____

von _____ bis _____

Datenschutzhinweis: Wir speichern und verarbeiten die uns mitgeteilten Daten, um den uns erteilten Auftrag zu erfüllen. Die mit einem Sternchen* versehenen Daten sind Pflichtdaten, ohne die eine Bearbeitung nicht möglich ist. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 (1) b DSGVO. Wenn Sie Informationen über eine Mitgliedsgewerkschaft wünschen, so geben wir Ihre Daten dorthin weiter. Sonst erfolgt keine Weitergabe an Dritte, sondern lediglich an Auftragsverarbeiter. Wir löschen die Daten, wenn sie für die verfolgten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist: Deutsche Polizeigewerkschaft, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030. 47 37 81 23, Telefax: 030. 47 37 81 25, E-Mail: dpolg@dbb.de. Sie können Ihre Einwilligung jederzeit widerrufen unter: E-Mail: dpolg@dbb.de. Informationen über Ihre Rechte als Betroffener sowie weitere Informationen erhalten Sie hier: www.dpolg.de/datenschutz/

Datum / Unterschrift _____

DPoIG Deutsche Polizeigewerkschaft Bundesgeschäftsstelle, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin
Telefon: 030. 47 37 81 23, Fax: 030. 47 37 81 25, E-Mail: dpolg@dbb.de, Internet: www.dpolg.de

Der dbb ist das Dach von 41 Gewerkschaften – eine davon ist auch in Ihrer Nähe.

